

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Anna Schwamberger

Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Johann Häusler

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Dr. Simone Strohmayer

Abg. Matthias Fischbach

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Thomas Gehring

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Arif Taşdelen

Erster Vizepräsident Karl Freller: Zur Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Quereinstieg in das Mittelschullehramt verbessern! (Drs. 18/23382)

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Anna Schwamberger das Wort. Bitte schön.

Anna Schwamberger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! An bayerischen Mittelschulen herrscht große Not. Der Lehrkräftemangel hat vor allem diese Schulart besonders hart getroffen. Von Jahr zu Jahr wird es eher schlechter als besser. Eine Erleichterung ist nicht in Sicht.

Die Lehrerbedarfsprognose des Ministeriums und unser Gutachten, das wir 2019 in Auftrag gegeben haben, kommen beide zu dem Schluss, dass wir bis mindestens 2030 mit einem massiven Lehrkräftemangel im Mittelschulbereich zu kämpfen haben. Die Regierungsfractionen haben uns im Jahr 2019 Schwarzmalerei vorgeworfen. Ich sage Ihnen eines: Sie haben die Augen vor der Realität verschlossen. Sie haben tatenlos zugesehen und die Situation an den Mittelschulen drastisch verschärft. Sie tragen die Verantwortung für die miserable Situation.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Leidtragenden sind die Schülerinnen und Schüler. Sie haben nämlich eigentlich ein Recht auf guten Unterricht, auf Lehrkräfte, die Zeit haben, und auf Lehrkräfte, die nicht am Rande des Limits arbeiten. Sie haben ein Recht darauf, dass Unterrichtsausfälle so gering wie möglich sind; und sie haben ein Recht auf all das, was Schule so schön macht: Arbeitsgemeinschaften, Klassenfahrten, Zeit gemeinsam. Aber das alles ist kaum mehr möglich, weil wir einfach kein Personal haben.

Herr Minister, Sie sprechen hier von einem erhöhten Lehrkräftebedarf und davon, dass noch nie so viele Lehrkräfte im System waren wie jetzt. Sie müssen doch selbst

merken, dass das nicht der Realität entspricht und dass vor Ort die Situation immer angespannter wird. Deswegen brauchen wir verschiedenste Maßnahmen. Sie kennen das aus den Diskussionen über A 13. Wir müssen wieder mehr Studienanfängerinnen und -anfänger dazu motivieren, auf das Mittelschullehramt zu studieren. Die Zahlen sind erschreckend. Die Zahl der Studierenden für das Mittelschullehramt ist nahezu eingebrochen.

Wir müssen auch die Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte verbessern. Das wird aber trotzdem nicht reichen. Wir sind auf Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger angewiesen. Wir begrüßen die Maßnahme des Ministeriums, mit der die Qualifizierung für das Mittelschullehramt geöffnet wurde. Trotzdem hakt es halt. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: Wir haben in unseren Schulen Teamlehrkräfte im Einsatz, zum Beispiel BWL-Absolventinnen und -absolventen. Sie machen ihren Job sehr gut. Sie beweisen auch pädagogisches Geschick. Das bescheinigen ihnen die Schulleitungen. Aber diese Menschen können nicht an der Sondermaßnahme teilnehmen. Deshalb fordere ich Sie auf, die Maßnahme für weitere Studiengänge zu öffnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber auch Meisterinnen und Meister, Betriebswirtinnen und Betriebswirte sind Vorbilder für Mittelschülerinnen und Mittelschüler und sollten deshalb die Möglichkeit erhalten, an den Mittelschulen zu unterrichten. Gerade die Mittelschülerinnen und Mittelschüler brauchen Vorbilder, die ihnen zeigen, was man alles mit einem Mittelschulabschluss schaffen kann. Das wäre der richtige Schritt. Wir dürfen keine einzige Person wegschicken, die uns im Schuldienst helfen kann, um die Situation zu entschärfen. Das betrifft auch Lehrkräfte aus dem Ausland mit und ohne Fluchthintergrund. Wir müssen ihre Abschlüsse anerkennen und sie zur zweijährigen Maßnahme zulassen. Das Ganze muss durch Deutschkurse eng begleitet werden. Das würde auch dazu führen, dass unsere Kollegien vielfältiger werden.

Herr Minister, ein ganz praktisches Beispiel: Beim Rückmeldeverfahren zu den Maßnahmen bekommt man eine Zu- oder Absage recht kurzfristig. Sie richten diese Maßnahme an Menschen, die schon in einem Job sind. Diese Leute müssen Kündigungsfristen einhalten. Ich wünsche mir hier mehr Praxistauglichkeit. Wir alle sind uns doch einig, dass Lehrkräfte das Wichtigste für den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen sind. Gerade in dieser Krise müssen wir sie entschieden rekrutieren. Wir dürfen ihnen nicht die Tür vor der Nase zuschlagen. Das muss Ihnen von den Regierungsfractionen endlich klar werden; sonst steuern wir mit unserem System in den Kollaps.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schwamberger. – Als Nächste hat Frau Kollegin Dr. Ute Eiling-Hütig von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Seit der Abschaffung der Pädagogischen Hochschulen vor knapp fünfzig Jahren haben wir in Bayern eine akademische, das heißt, universitäre Lehrerbildung. Um es kurz zu machen: Das soll auch so bleiben. Auch bei der Zulassung von Menschen mit Qualifikationen aus dem Ausland ist die Qualitätsfrage selbstverständlich entscheidend. Für einen dauerhaften Einsatz als Beamter müssen aus fachlichen und rechtlichen Gründen hohe Anforderungen bestehen. Ich glaube, darüber sind wir uns einig.

Diese schwierigen beamtenrechtlichen Fragen in die Zuständigkeit von Schulleitungen legen zu wollen, wie das in diesem Dringlichkeitsantrag gefordert wird, stellt für diese Personen eine erhebliche Zumutung dar und würde zu unterschiedlichen Handhabungen und damit zu einem hohen Maß an rechtlicher Unsicherheit führen. Ziel muss es doch vor allem sein, die Bildungsqualität hochzuhalten. Die neue Sondermaßnahme im Bereich der Mittelschule ermöglicht nämlich jetzt Bewerbern ohne Lehramtsstudium den direkten Zugang zum Vorbereitungsdienst. Sie wurde zielgenau auf den definier-

ten Bewerberkreis zugeschnitten. Das bedeutet, der Vorbereitungsdienst wurde neu konzipiert, um insbesondere die fehlenden Studienleistungen in den erziehungswissenschaftlichen Fächern sowie den Fachdidaktiken auszugleichen.

Für die Sondermaßnahme für Personen ohne Lehramtsbefähigung wurden für die Sonderseminare für die Ausbildung von 2022 bis 2024 Bewerberinnen und Bewerber zugelassen, die ein universitäres Studium mit Master-, Diplom- oder Magisterabschluss erfolgreich absolviert und ein Fach aus dem Fächerkanon der Mittelschule mit einer Gesamtnote von 3,5 oder besser abgeschlossen haben.

Die jetzt skizzierten Zulassungsvoraussetzungen wurden vor der Veröffentlichung der Maßnahme mit Bedacht ausgewählt und sorgfältig geprüft. Diese Zulassungsvoraussetzungen stellen zum einen sicher, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine hohe Qualifikation in Fachbereichen, die dem Fächerkanon der Mittelschule entsprechen, vorweisen können. Dies ist auch notwendig, um vergleichbare Chancen für ein erfolgreiches Absolvieren des Vorbereitungsdienstes im Rahmen dieses Sonderseminars sicherzustellen und einen erfolgreichen Abschluss im Zweiten Staatsexamen zu garantieren. Zum anderen sind diese Zulassungsvoraussetzungen so weit gefasst, dass eine ausreichende Zahl von Interessenten und Interessentinnen angesprochen wird. Das ist auch Ziel und Zweck der Maßnahme.

Auch in den kommenden Schuljahren werden Sondermaßnahmen als ergänzendes Instrument der Lehrerbildung angeboten. Das Staatsministerium prüft für jeden neuen Einstellungstermin, ob die Zulassungsvoraussetzungen gegebenenfalls an veränderte Rahmenbedingungen oder an das Recht angepasst werden müssen. Sie fordern in Ihrem Dringlichkeitsantrag grundlegende Sprachkenntnisse. – Entschuldigung, aber die reichen keineswegs aus, um eine schulpraktische, pädagogische und didaktische Ausbildung sowie vor allem eine sprachlich kompetente Zusammenarbeit innerhalb der Schulfamilie zu ermöglichen. Das ist doch eine Grundvoraussetzung, dass das funktioniert.

Ihr nächster Punkt, die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen, ist im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes nicht zu vertreten. Lehramtsanwärter mit grundständiger Ausbildung erhalten auch keine Zuschläge.

Die Sondermaßnahme wird in einem Jahr, also im Jahr 2023, wenn der erste Jahrgang die Zweite Staatsprüfung abgelegt hat, evaluiert und dann gegebenenfalls weiterentwickelt. Dabei werden auch die bisherigen Zulassungsvoraussetzungen auf der Grundlage der mit den beiden ersten Bewerberjahrgängen gemachten Erfahrungen überprüft und gegebenenfalls auch rechtlich angepasst. Lassen wir also der Maßnahme und den daran Teilnehmenden – im aktuellen ersten Jahrgang 46 und im zweiten Jahrgang ab September bereits 130 – einfach die Zeit, sich zu entfalten.

Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN gefährdet die Bildungsqualität. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dr. Eiling-Hütig. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Oskar Atzinger von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Oskar Atzinger (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Cui bono?

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Alles auf Latein!)

Wem nutzt das? – Den Mittelschülern eher nicht, obwohl es dort einen echten Lehrermangel gibt; denn gerade an den Mittelschulen mit den vielen Kindern mit Migrationshintergrund oder aus bildungsfernen Schichten ist eine pädagogische Ausbildung von großer Wichtigkeit, wichtiger vielleicht als an Gymnasien mit überwiegend akademischem Elternhaus. Wem würde es also wirklich nutzen, den Quereinstieg in das Mittelschullehramt zu verbessern? Akademikern mit Mitte 30, denen es nicht gelungen ist,

in der freien Wirtschaft, das heißt, im richtigen Leben Fuß zu fassen und die sich zu schade waren, Lehramt zu studieren? – Das nenne ich Klientelpolitik.

Da ist dann die Zulassung zur Maßnahme für Lehrkräfte, die Fluchthintergrund haben, nur folgerichtig. Neue Wählerschichten sollen erschlossen werden; es werden Anreize geschaffen, nach Deutschland zu kommen – falsche Anreize; denn schon jetzt sind 99 % der ukrainischen Lehrkräfte an einer längerfristigen Beschäftigung in Deutschland interessiert – Quelle: die Zeitschrift "Das Gymnasium in Bayern". Es ist geradezu imperialistische Politik, Fachkräfte aus anderen Ländern abzuwerben, die dort dringend gebraucht werden.

(Beifall bei der AfD – Ruth Müller (SPD): Es ist geradezu wahnsinnig, Ihnen zuzuhören!)

Die AfD lehnt den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Atzinger. – Ich darf als nächsten Redner den Kollegen Johann Häusler von der Fraktion der FREIEN WÄHLER aufrufen. Herr Abgeordneter Häusler, Sie haben für einige Minuten das Rednerpult.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN-Fraktion stellt fest, dass der Landtag eben in Kenntnis der Tatsache des Lehrermangels ist. Das ist unbestritten; das wissen wir seit Jahren. Das muss jetzt nicht manifestiert werden. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass wir derzeit einen deutlichen Zuwachs an Lehramtsstudentinnen und -studenten an Grundschulen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen; das ist ein erster sehr positiver Ansatz.

Zur Wahrheit gehört auch, dass der Haushaltsausschuss genau für die wegen des fürchterlichen Angriffskriegs hier ankommenden Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine, die Sie hier ansprechen, in dieser Woche 1.000 Stellen, die für den Aufbau des G 9 reserviert waren, und davon sogar 300 als Festanstellung, freigegeben hat. Das heißt also: Die Bayerische Staatsregierung und der Kultusminister sind hier absolut auf dem richtigen Weg. Das entspricht eigentlich genau Ihrem Anliegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ziel Ihres Antrags ist eine erhöhte Personalgewinnung, eine Ausweitung und Attraktivitätssteigerung der Sondermaßnahmen für Bewerberinnen und Bewerber ohne Erste Lehramtsprüfung und auch für solche Bewerberinnen und Bewerber, die mit einem Fluchthintergrund nach Deutschland kommen. Wir haben ja bereits seit diesem Schuljahr 2021 Zugangsvoraussetzungen für Nicht-Lehrkräfte. Hier haben auch Interessentinnen und Interessenten ohne erfolgreich abgeschlossenes Lehramtsstudium im Rahmen einer hier von Ihnen angesprochenen Sondermaßnahme die Möglichkeit, den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Mittelschulen anzutreten, sofern sie die fachlichen Voraussetzungen erfüllen. Zu dieser Sondermaßnahme werden eben diejenigen Bewerberinnen und Bewerber zugelassen, die ein Universitätsstudium – Master- oder Diplomabschluss – mit einer Gesamtnote von mindestens 3,5 erfolgreich absolviert haben. Das ist ein ganz wesentliches Zugeständnis und auch das richtige Zeichen angesichts der Situation. Das Studium muss eben auch noch zusätzlich, wie vorhin bereits gehört, eines der Fächer aus dem Fächerkanon der Schulart Mittelschule umfassen; es ist selbstverständlich, dass sie hier eine gewisse Affinität brauchen.

In diesem Schuljahr gibt es bereits 46 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die in dieser Sondermaßnahme eingesetzt sind, und für das kommende Schuljahr gibt es bereits 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer für diese Sondermaßnahme. Das heißt also: Wir sind genau auf dem richtigen Weg, das zu tun, was Sie verlangen. Es muss nur auch mit Bedacht gemacht werden. Wir brauchen die Kapazitäten, die vorgehalten werden müssen, und wir müssen dann natürlich auch das Ergebnis evaluieren. Letztlich

haben wir bereits im Jahre 2023 den ersten Bewerberlehrgang, der dann bereits das Zweite Staatsexamen machen kann. Das ist eine ganz wesentliche und tolle Voraussetzung. Wir sind genau auf dem Weg, den Sie mit Ihrem Antrag letztendlich begehren.

Sie wollen auch die Öffnung für Lehrkräfte, die eben nicht aus Deutschland kommen oder einen Fluchthintergrund haben – ich habe es ganz am Anfang gesagt. Bereits jetzt besteht die Möglichkeit für Geflohene mit einem ausländischen Hochschulabschluss, eine zeitlich befristete aushilfsweise Tätigkeit als Vertretungs-, Willkommens- oder Teamlehrkraft an den Schulen anzunehmen. Es sind über 900 Ukrainisch sprechende Lehrkräfte allein für diesen Teilbereich im Einsatz, den Sie im Antrag angesprochen haben.

Es gehört aber auch dazu, dass hinreichende Deutschkenntnisse eine wesentliche Voraussetzung darstellen, um Bewerberinnen und Bewerber mit einem internationalen Abschluss einem hiesigen Masterabschluss gleichzustellen oder gleichzusetzen; denn es geht ja hier um den Ersatz der Ersten Lehramtsprüfung, der den Zugang zum Vorbereitungsdienst eröffnet. Da sind auch für die Praxis Deutschkenntnisse notwendig und erwartbar. Warum? – Weil eine sprachlich kompetente Zusammenarbeit auch innerhalb der Schulfamilie unumgänglich ist.

Sie fordern und begehren auch Sonderzahlungen und Sonderzuschläge im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Hier ist ganz klar, dass das Staatsministerium für Heimat und Finanzen durchaus die Möglichkeit hat, bei einem erheblichen Mangel an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern auf der Grundlage von § 78 des Bayerischen Besoldungsgesetzes auch solche Zuschläge zu gewähren. Aber Anwärtersonderzuschläge nur für einen Teil der Bewerbergruppe, die im Bereich der Mittelschule tätig sind, zu gewähren, stößt natürlich auf rechtliche Bedenken. Das heißt, hier geht es auch um den Grundsatz der Gleichbehandlung, werte Kolleginnen und Kollegen.

Die Zahl der Bewerbungen – gerade und insbesondere der Lehrkräfte, die nicht aus Deutschland kommen, sich aber hier bewerben und für uns eine wahnsinnige Bereicherung darstellen können, wenn sie denn diese Sondermaßnahme durchlaufen haben – nimmt ja deutlich zu. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Deshalb ist Ihr Antrag überflüssig und wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege Häusler. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Gülseren Demirel. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Kollege Häusler, ich habe mich gemeldet, weil mich Ihre Aussage, dass es ja bei ausländischen Kräften überhaupt kein Problem wäre, irritiert hat. Es ist ein Problem. Ich nenne Ihnen einmal ein Beispiel: Eine Lehrerin, die in Taiwan jahrelang Englisch unterrichtet hat, kann hier aktuell nur als pädagogische Hilfskraft in einer Ganztagschule arbeiten. Für etwas anderes kriegt sie nämlich keinen Job. Die Universität Eichstätt wäre bereit, ein Projekt aufzuziehen, um eben Lehrerinnen und Lehrer, die zur Genüge hier sind, zu qualifizieren. Dass man Deutsch sprechen muss, steht ja außer Frage; darüber braucht man gar nicht zu diskutieren. Aber es gibt da seitens des Kultusministeriums und der Staatsregierung keine Bemühungen. Das daher so salopp zu beantworten, ist schwer nachvollziehbar, weil die Betroffenen das auch hören und sich wahrscheinlich fragen, in welcher Welt der Landtag lebt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Kollege.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Liebe Kollegin, herzlichen Dank für die Nachfrage. Ich habe es deutlich ausgeführt: Gerade für diese Lehrkräfte und diesen Bewerberkreis besteht die Möglichkeit dieser Sondermaßnahme. Sie können sich qualifizie-

ren. Dieser Aufbau muss natürlich auch strukturell verarbeitet sein. Er muss auch ins System passen. Das heißt, ich kann das nicht von heute auf morgen irgendwo in die Landschaft setzen, sondern ich muss auch einen Gleichbehandlungsgrundsatz für alle Schularten bzw. für alle Schulen und Regionen herstellen. Da kann ich keine Sondermaßnahmen in Eichstätt machen, sondern es ist, denke ich, eine gesamtbayerische Aufgabe. Der Kultusminister hat hier meines Erachtens die Weichen richtiggestellt, und wir werden ihn diesbezüglich unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Gülseren Demirel (GRÜNE): Das stimmt aber!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit kommen wir zur nächsten Rednerin, Frau Dr. Simone Strohmayer von der SPD-Fraktion. Frau Kollegin Dr. Strohmayer, bitte schön. Sie haben das Wort.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Ich habe ein wahnsinniges Asthma, also kein COVID. Keine Angst, wenn ich gelegentlich huste! – Ja, es ist wahr: Die Situation an unseren bayerischen Mittelschulen ist wirklich beschämend. Die Lehrerinnen und Lehrer leiden darunter. Die Schülerinnen und Schüler an der Mittelschule leiden darunter. In ihren Sonntagsreden lobt die Staatsregierung die Mittelschule über den grünen Klee. Auch im Bildungsausschuss hören wir immer, wie wichtig die Mittelschule in Bayern ist. Aber getan wird wenig für die Mittelschule. Auf die Personalausstattung haben all diese Lobreden bisher keine Auswirkungen gezeigt. Das Gegenteil ist der Fall. Der Lehrermangel an den Mittelschulen hier in Bayern ist in den letzten Jahren immer größer geworden. Trotz dieser schwierigen Situation, liebe Kolleginnen und Kollegen, geben die Lehrerinnen und Lehrer an den bayerischen Mittelschulen alles, damit es ihren Schülerinnen und Schülern dort gut geht. Dafür möchte ich mich herzlich bei ihnen bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Lehrerinnen und Lehrer an den bayerischen Mittelschulen, Sie leisten wirklich Großes!

Angesichts der angespannten Lage ist das Verlangen der GRÜNEN in ihrem Dringlichkeitsantrag wirklich nachzuvollziehen. Die Vorschläge gehen in die richtige Richtung. Aber ich warne auch davor, die Standards zu weit abzusenken. Natürlich müssen wir jetzt Maßnahmen ergreifen. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, die die miserable Personalsituation an den Mittelschulen ausgleichen.

Hier möchte ich noch einmal ausdrücklich sagen: Verantwortlich für diese miserable Personalsituation an den Mittelschulen hier in Bayern ist ausschließlich die Staatsregierung. Der Personalmangel hat sich schon über viele Jahre angedeutet. Man hätte längst Maßnahmen ergreifen können. Das wurde nicht getan. Man hat weggeschaut, und jetzt kommt die ganz schwierige Situation für die bayerischen Mittelschulen.

Wir brauchen jetzt also Entlastungen, keine Frage. Deswegen werden wir dem Antrag auch zustimmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Problem liegt aber viel tiefer, und wir müssen es an der Wurzel anpacken.

Erstens braucht Bayern dringend eine neue, eine moderne Lehrerausbildung.

(Beifall bei der SPD)

Uns ist die Lehrerausbildung hier in Bayern viel zu starr. Die Lehrerausbildung muss flexibler werden. Wir haben einfach unterschiedliche Bedarfe einmal an dieser und einmal an jener Schulart. Es muss möglich sein, dass ein ausgebildeter Lehrer von der einen Schulart in die andere wechseln kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens brauchen wir dringend eine gleiche Besoldung an allen Schularten. Deswegen stehen wir für A 13 an allen Schularten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Forderung, die dringend notwendig ist, damit das Lehramt in den Mittelschulen attraktiver wird. Das hätten wir längst angehen müssen.

Drittens, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir mehr multiprofessionelle Teams an den Mittelschulen, damit die Lehrkräfte dort entlastet werden. Wir brauchen Sozialpädagogen. Wir brauchen Erzieherinnen und Erzieher. Wir brauchen Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen an den Schulen. Das alles entlastet unsere Lehrkräfte.

(Beifall bei der SPD)

Es ist viel mehr notwendig, als hier in Bayern getan wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss: Auch die Schulleitungen brauchen Entlastung. Natürlich habe ich mitbekommen, dass es jetzt Ankündigungen gibt, dass die Schulleitungen entlastet werden. Aber ich sage Ihnen an dieser Stelle: Wir werden genau beobachten, ob das, was jetzt angekündigt wird, auch umgesetzt wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss noch mal die Aufforderung: Greifen Sie das Problem an der Wurzel an. Die Lehrerinnen und Lehrer an den Mittelschulen werden es Ihnen danken.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Frau Dr. Strohmayer. – Damit darf ich den nächsten Redner aufrufen, Herrn Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Freitag war ich beim Schulrätetag des BLLV. Dort waren viele Vertreter von Schulämtern, auch von der Bezirksregierung oder von mehreren Bezirksregierungen versammelt und haben unter anderem darüber gespro-

chen, wie man mit über 40.000 ukrainischen Flüchtlingen, die im Herbst noch mal an die Schulen kommen, umgehen soll. Dafür müssen mindestens 1.600 zusätzliche Vollzeitlehrerstellen besetzt werden. Da hat man natürlich viele Sorgen. Wenn man Hoffnung hört, dann klingt das in etwa so – ich zitiere mal: Irgendwie wird es schon gehen, weil die Schüler ja schon da sind. – Zitat Ende. Die Flüchtlingsthematik hat den sowie so schon massiven Lehrermangel also noch einmal verschärft.

Herr Kultusminister Piazzolo, Sie haben nicht zu verantworten, was CSU-Kultusminister in den vergangenen Jahrzehnten versäumt haben. Aber Sie haben zu verantworten, dass seit nunmehr fast vier Jahren kein überzeugendes Konzept, keine langfristige Strategie zur Überwindung des Lehrermangels vorliegt. Das muss sich endlich ändern. Jetzt einfach nur weiter Notmaßnahmen zu verordnen, wie Sie es schon im letzten Jahr und in der Zeit davor gemacht haben, ist jedenfalls kein Werbeprogramm für ein attraktives Lehramt, sondern eigentlich das Gegenteil.

Generell sollte deshalb Quereinstieg auch an dieser Stelle eine wichtige Rolle spielen. Ein guter Lehrer zeichnet sich ja nicht nur dadurch aus, dass er nach seiner Schulzeit direkt in ein Lehramtsstudium und danach direkt an die Schule gegangen ist, um dort zu unterrichten. Quereinsteiger können manchmal ganz andere Erfahrungen, ganz andere Akzente und auch eine gute Mischung an die Schulen bringen. Der Quereinstieg ist nicht zuletzt auch ein Beitrag zur beruflichen Freiheit. Vom Lehrerberuf wird ja viel als Berufung gesprochen. Wenn man das aber so sieht, dann muss man diesen Weg ins Lehramt auch jedem offenhalten, und das auch zu jeder Zeit.

Dennoch hört man immer wieder auch Vorbehalte, Problembeschreibungen, wenn man über das Thema Quereinstieg spricht. Das kommt auch nicht von ungefähr. Das Kultusministerium ringt sich zum Thema Quereinstieg in der Regel eigentlich nur durch, wenn es sich sozusagen um eine Sondermaßnahme handelt, um die Not, die dann schon unglaublich groß ist, zu lindern. Die aufgelegten Programme sind meistens mit heißer Nadel gestrickt. Wir sehen es jetzt an dieser Stelle. Die Ressourcen, die eigentlich benötigt werden, um die neuen Lehrkräfte zu begleiten und zu unterstüt-

zen, sind sowieso schon überlastet. Also einfach diesen Sprung ins kalte Wasser zu fordern, ohne dabei auf das Schwimmen ausreichend vorzubereiten und es zu begleiten, das geht einfach viel zu oft schief. Wer eine Klasse leiten soll, der sollte auch ausreichend pädagogische Ausbildung und Vorbereitung erhalten.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb braucht es ein grundlegendes Umdenken. Quereinstieg ja, aber solide geplant und auch umgesetzt, mit ausreichender pädagogischer Vorbereitung. Deswegen muss hier nachgebessert werden.

Wir wollen als FDP-Fraktion aber noch weiter gehen also der vorliegende Antrag. Wir wollen das Thema für alle Schularten weiterdenken, um für den akuten Lehrermangel, aber auch darüber hinaus Quereinsteigerprogramme einzuführen und den Einstieg ins Lehramt zu flexibilisieren.

Ich schließe. Wir werden diesem Antrag zustimmen, auch wenn wir über Details streiten können. Wir würden gerne noch weiter gehen und fordern generell eine Strategie, um den Lehrermangel mit weiter reichenden Maßnahmen als den Quereinstieg effektiv zu bekämpfen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Fischbach. – Das Wort hat jetzt der zuständige Staatsminister, Prof. Dr. Piazolo. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie sicherlich viele hier wissen, komme ich aus der politischen Bildung. Deshalb ist es mir normalerweise ein besonderes Anliegen, dass die Debatten des Bayerischen Landtags auch von der Bevölkerung gehört werden. In diesem Fall, und das sage ich ganz ehrlich, hoffe ich, dass zumindest diejenigen, die mit dem Gedanken spielen, Lehrer zu werden, nicht zuhören.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schädlich und furchtbar, wie die Opposition unsere Mittelschulen in Bayern wirklich schlechtredet. Das ist unglaublich.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Wenn ich es aus persönlichen Gesprächen nicht anders wüsste, dann würde ich vermuten, dass dahinter eine Strategie steht, dass man die Mittelschulen schlechtmachen will, sie niederredet, um hier irgendwann Gesamt- und Gemeinschaftsschulen einzuführen. Das wird in Bayern aber nicht passieren, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es kommt auf die Lehrkraft an, auf den Lehrer und die Lehrerin. Das ist das Ergebnis der weltweiten Studie von Hattie. Weltweit! Was heißt das? – Das heißt, die Qualität ist entscheidend, die Qualität unserer Lehrkräfte: ihre fachliche Kompetenz, ihre Empathie, ihre didaktischen, pädagogischen Fähigkeiten, ihre sprachlichen Fähigkeiten. Genau das ist es, was wir in Bayern haben. An dieser Stelle will ich deshalb noch einmal sagen, und das will ich ganz deutlich formulieren: Wir haben in Bayern starke, gute Mittelschulen. Unsere Mittelschullehrer machen eine tolle Arbeit. Das muss hier auch einmal gewürdigt werden. Das tue ich, und damit widerspreche ich der Opposition.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Gerade in Corona-Zeiten haben unsere Schulleiterinnen und Schulleiter dort Großartiges geleistet. Genau deshalb haben wir, die Regierungsfractionen, auch in dieser Woche wieder deutlich gemacht, dass wir sie entlasten – nicht, wie Frau Dr. Strohmayer sagt, entlassen, nein, entlasten. Es geht um Entlastungen. Wir haben deutlich gemacht, dass wir Stellen investieren. Das fällt im Mittelschulbereich nicht leicht, weil wir

natürlich einen entsprechenden Bedarf haben. Das ist es uns aber wert, weil unsere Schulleiterinnen und Schulleiter einen tollen Job machen, weil sie toll gearbeitet haben und weil sie gerade durch die Herausforderungen Corona und Ukraine ans Limit gegangen sind.

Was bedeutet dieser Qualitätsanspruch in Bayern? – Er bedeutet zum Ersten grundsätzlich zwei Staatsexamina, weil wir damit als Staat die Bedingungen festlegen können, was wir wollen, was wir von den Lehrkräften erwarten. Wir haben nur noch wenige Bundesländer, in denen es Staatsexamina gibt. Die meisten dieser Bundesländer sind konservativ oder von der Union regiert, die Südschiene, und man merkt: In vielen der Länder, die von Mitgliedern der Oppositionsparteien geführt werden, gibt es keine Staatsexamina mehr. Den Bemühungen, die Staatsexamina abzuschaffen, die es hier verschiedentlich gibt, werden wir deutlich widersprechen. Wir sind von diesem Qualitätsanspruch nämlich überzeugt.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ja, wir brauchen mehr Lehrkräfte, aber wir brauchen qualifizierte Lehrkräfte an unseren Mittelschulen, ebenso wie an allen anderen Schularten. Alle Maßnahmen zielen auf diesen Qualitätserhalt.

Übrigens haben wir – und das will ich auch einmal deutlich machen – im Gegensatz zu anderen Bundesländern Stellen geschaffen. Wir haben viele Stellen geschaffen. Wir haben im Koalitionsvertrag 5.000 Stellen angekündigt, sogar 5.500, davon sind 3.300 umgesetzt, und das werden wir in dieser Legislaturperiode auch durchziehen. Auch das erhöht die Qualität. Im Nachbarland, wo durch den letzten Koalitionsvertrag keine Stellen geschaffen wurden, sehen wir das gerade: Wo die Stellen fehlen, lässt die Qualität nach, und das merkt man auch wirklich im Ranking.

Was sind unsere Maßnahmen, die auf Qualität zielen, die wir seit Jahren praktizieren, seit Jahren, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen? – Erstens. Zweitqualifikation. An unseren Grund- und Mittelschulen sind über 2.000 Lehrkräfte tätig mit zwei

Staatsexamina im Lehramt Realschule oder Gymnasium. Das ist ein hoher Qualitätsstandard. Das sind ausgebildete Lehrkräfte, die wir nun noch zusätzlich qualifiziert haben, damit sie an den Grundschulen, den Mittelschulen und an den Förderschulen tätig sein können. Damit haben sie eine Qualität, mit der sie an allen diesen Schular-ten im Einsatz sein können.

Zweitens. 2019 haben wir dienstrechtliche Maßnahmen ergriffen. Das war nicht leicht, und das wurde vorhin auch angesprochen. Das war nicht leicht, doch in mehreren Ver-öffentlichungen steht ganz deutlich, sogar im "Spiegel", Bayern ist da Vorbild. Die an-deren Kultusminister haben das eben nicht gemacht. Es ist schwierig, sich vor De-monstranten zu stellen und mit Lehrerinnen und Lehrern zu diskutieren. Jede dieser einzelnen dienstrechtlichen Maßnahmen ist mir persönlich auch sehr schwer gefallen, weil sie unsere Lehrerinnen und Lehrer getroffen haben. Das ist mir wohl bewusst, aber wir haben das getan, um die Qualität hochzuhalten und nicht wie andere Bundes-länder einfach zu sagen: Nehmen wir Quereinsteiger, egal wer kommt, uns ist die Qualität egal. – Nein, das ist es uns nicht, sondern für uns ist das wichtig. Die Qualität ist entscheidend für unsere Schülerinnen und unsere Schüler. Ich habe es erst gestern wieder gesagt: Das ist der Schatz, den wir in Bayern haben. Dafür setzen wir uns ein. Wir haben nicht so viele Bodenschätze, sondern es sind die Köpfe unserer Bevölke-rung, es sind die Kinder. Deshalb ist es uns wichtig, eine hohe Qualität zu haben und zu investieren.

Wir haben freiwillige Maßnahmen ergriffen. Wir haben intensiv um die Erhöhung der Teilzeit geworben. Da ist auch vieles passiert. Wir machen Werbung, im Gegensatz zu dem, was heute hier geschehen ist. Wir werben um junge Kräfte. Wir sagen, wie toll es ist, wenn man Lehrer wird, wenn man auf Lebenszeit verbeamtet wird, wenn man jungen Menschen etwas beibringen kann. Wenn man sieht, wie sie sich zu Persönlich-keiten entwickeln, und wenn man sie dann aus den Schulen entlässt mit sehr, sehr guten Chancen hier am Arbeitsmarkt. Das ist in Bayern so.

Es wurde von den Kollegen Dr. Ute Eiling-Hütig und Johann Häusler auch angesprochen: Wir haben Sondermaßnahmen gemacht. Diese Sondermaßnahmen entwickeln sich gut, sie nehmen zu, und das werden wir nicht nur weiter im Blick haben, sondern das werden wir weiter ausbauen. Und wir haben Teamlehrkräfte entwickelt.

Und noch einen Satz dazu, was Herr Fischbach gerade erwähnt hat. Natürlich haben wir jetzt in Bezug auf die ukrainischen Kinder und Jugendlichen, die zu uns kommen, reagiert. Gestern hat uns der Haushaltsausschuss – und ich bin dankbar dafür – für diese Aufgabe 1.620 Stellen zur Verfügung gestellt. Natürlich werden wir werben, damit wir dafür auch die Lehrer bekommen. Nennen Sie mir ein anderes Bundesland in dieser Bundesrepublik Deutschland, in dem so viele Lehrer und so viele Stellen für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt werden! Ich kenne es nicht.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nun zum Antrag der GRÜNEN. Was ich positiv in Rechnung ziehe ist, dass man sich Gedanken macht, dass man einen Vorschlag macht. Aber, Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN und folgende Redner, dieser Vorschlag ist in sich widersprüchlich und ein Schnellschuss. Er führt – und das sage ich ganz deutlich – zu Qualitätseinbußen. Wenn wir dem Gedanken folgen, den Sie in Ihrem Antrag haben, dann schaden wir damit der Mittelschule. Ich will nur ein Beispiel in der Begründung nennen. Unsere Sondermaßnahme zielt darauf ab – und das ist auch, was Sie wollen –, dass diejenigen, die sie ergreifen, in den Referendardienst kommen. Dort unterrichten sie auch. Sie unterrichten auch an der Mittelschule mit einer erklecklichen Zahl von Unterrichtsstunden pro Woche. Sie machen dann ein Zweites Staatsexamen. Nun fordern Sie uns in diesem Antrag dazu auf, die Infoblätter für die Sondermaßnahme auch fremdsprachlich aufzulegen. Das heißt, Sie gehen davon aus, dass die Leute, die Sie ansprechen, die deutsche Sprache nicht beherrschen, nicht in der Lage sind, ein Infoblatt für die Sondermaßnahme zu lesen. Diese Leute – ist das wirklich ihr Ernst? – sollen dann zwei Monate später an unserer deutschen Mittelschule unterrichten?

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Um die geht es doch gar nicht!)

– So steht es aber in Ihrem Antrag, Frau Demirel. So steht es in Ihrem Antrag!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist doch in keiner Weise durchdacht, in keiner Weise. Ich bin – davon zeugten schon mein Name und mein Herkommen – sehr aufgeschlossen dafür, dass auch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger an unseren Schulen tätig sind. Das sind sie auch, und das werden wir weiter fördern. Aber ich sage sehr deutlich: Integration geschieht durch Sprache, und die deutsche Sprache ist die Voraussetzung an unseren Schulen, damit die Lehrerinnen und Lehrer in der Lage sind, in Deutsch an unseren Schulen zu unterrichten. Das ist notwendig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Insofern danke, dass Sie das Thema angesprochen haben, aber meine Bitte lautet – und ich hoffe, hier auch auf Verständnis zu stoßen –: Es bringt uns in dieser Debatte nichts, wenn wir unsere Mittelschulen schlechtreden. Sie haben eine hohe Qualität.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Gerade das bayerische Schulsystem in seiner Differenziertheit und seiner Durchlässigkeit wollen wir in dieser Qualität auch erhalten. Deshalb vielen Dank für die Anstöße, vielen Dank für entsprechende Anregungen, aber die Mittelschule hat es nicht verdient,

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Genau!)

in der Debatte von der Opposition schlechtgeredet zu werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Vielen Dank, Herr Minister. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Die Schuldiskussion wird noch ein wenig andauern. Es sind fünf Zwischenbemerkungen gemeldet.

(Zuruf: Eieiei!)

Zunächst darf ich Herrn Kollegen und Vizepräsidenten Thomas Gehring aufrufen. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Minister Piazzolo, ich wundere mich, warum Sie immer gleich in den Angriffsmodus gehen, wenn Sie hierherkommen. Ich wünschte mir diesen Angriffsmodus, wenn es darum geht, die Probleme anzupacken, die es in Ihrem Haus gibt. Diese sind nämlich gewaltig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können sicher sein, dass wir mit den Schulleiterinnen und Schulleitern der Mittelschulen sehr gut im Gespräch sind. Diese haben sich in der Corona-Pandemie durch das Kultusministerium übrigens ziemlich verlassen gefühlt, nicht gehört gefühlt und nicht gesehen, dass ihre Probleme vom Kultusminister wahrgenommen werden. Wir sind die Letzten, die die Mittelschule schlechtmachen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oh!)

Wir sind die einzige Fraktion, die Anträge zur Mittelschule gestellt hat. Wir haben eine Mittelschullehrerin als schulpolitische Sprecherin. Wir wissen, wovon wir sprechen. Wenn man Kritik nicht aushalten kann, dann hat man als Minister ein Problem.

Wir haben ein riesiges Problem mit der Lehrerversorgung von Mittelschulen in den nächsten Jahren. Wir haben vor Jahren ein Klemm-Gutachten anfertigen lassen. Damals haben Sie gesagt, dieses enthalte Rechenfehler. Jetzt sieht man, wie wahr es ist. Wir fordern, diese Sondermaßnahmen fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Es kann nicht sein, dass Schulleiterinnen und Schulleiter sagen, das sind gute Leute, die die-

sen Job gut machen können, dass es dann aber an formalen Qualifikationen scheitert, die Ihr Haus fordert, die nicht einmal dem europäischen Qualifikationsrahmen entsprechen, weil zwischen unterschiedlichen Hochschulen unterschieden wird. Natürlich geht es bei Lehrerinnen und Lehrern mit Migrationshintergrund darum, dass sie die deutsche Sprache beherrschen. Dies ist gar nicht das Problem. Das ist selbstverständlich. Hier kann man auch einmal ein Informationsschreiben in einer anderen Sprache verschicken, um zum Beispiel Bekannte darauf aufmerksam zu machen.

Wir haben ein riesiges Problem: Ich kenne reihenweise Lehrerinnen aus anderen Ländern,

(Zuruf: Redezeit!)

die bei uns als Putzfrau arbeiten, weil sie keine Jobs in der Schule bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege!

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piaolo (Unterricht und Kultus): Wir haben es verstanden, Herr Gehring, aber wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus. Ich bin, glaube ich, als sachlich bekannt, aber ich bekomme das bei jeder Rede entsprechend mit. Immer ist von Chaos die Rede. Sehen Sie sich einfach einmal Ihre Pressemitteilung an! Das können Sie alles tun, aber selbst austeilen und sich dann beklagen, wenn man antwortet, ist doch arg wehleidig, lieber Herr Gehring.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

– Nein, wir tauschen hier jetzt Argumente aus. Ich habe mich für die Debatte bedankt und nur gesagt, dieser Debattenbeitrag, bei dem schlecht über die Mittelschule geredet wird, – –

(Zuruf: Sie wird nicht schlechtgeredet!)

– Das ist so.

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte etwas ruhiger!

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sie haben eine Frage gestellt. Wenn Sie keine Antwort wünschen, sollten Sie keine Frage stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich habe Ihnen auch sehr sachlich geschildert, was wir tun. Wir tun es jedes Jahr. Wir haben eine Lehrerbedarfsanalyse, die auch von den Bundesländern – hier sind wir uns hoffentlich einig – gelobt wird. Wir wissen jedes Jahr relativ exakt – das geht manchmal um 100 Lehrer hin oder her, was auch daran liegt, dass Schüler noch zu uns kommen –, wie viele Lehrkräfte wir brauchen. Unsere Aufgabe gerade auch jetzt im Ministerium ist es, dies über Monate und Jahre hinweg sicherzustellen. Wir haben auch erst in der letzten Abteilungsleitersitzung langfristige Pläne entwickelt. Es ist nicht so, dass es diese nicht gibt. Diese gibt es Jahr für Jahr – ich habe es geschildert –, und es gibt sie auch in einer großen Bandbreite. Diesen Weg verfolgen wir natürlich weiter. Hier sind auch die Sondermaßnahmen zu nennen, die Sie erwähnt haben und die sehr erfolgreich anlaufen, in diesem Jahr über 40, im nächsten Jahr mindestens 130. Diesen Weg werden wir weitergehen, und er ist auch erfolgreich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Wir sind leider noch nicht am Ende. Es geht weiter mit der nächsten Zwischenbemerkung: von Herrn Markus Bayerbach. Bitte schön.

Markus Bayerbach (fraktionslos): Herr Minister, ich gebe Ihnen recht: Die Mittelschule ist eine super Schule. Wir brauchen dort die besten Köpfe. Ich glaube, ein paar Parteien verkennen, dass die Mittelschule ein hartes Brot ist, das nicht jedem schmeckt. Ich

liebe es. Wir brauchen an der Mittelschule aber keine Fachlehrer und keine normalen Lehrer. Wir brauchen Leute, die brennen und es annehmen, dass sie dort teilweise Streetworker, Familienersatz, Kulturvermittler oder sonst etwas sein müssen.

Ich würde mir von der Staatsregierung aber unbedingt wünschen, dass es irgendwann einmal die Linie gibt, wieder zu einer vollen Beschäftigung fertig ausgebildeter Kräfte zurückzukehren. Ganz ehrlich: Die Teamlehrer und Willkommenslehrer sind – ohne den Menschen Motivation abzusprechen – für mich die gleiche Mogelpackung wie das Sondervermögen bei der Bundeswehr. Es sind nicht die hundertprozentig top ausgebildeten Kräfte an der richtigen Stelle. Der Freistaat Bayern und die Bayerische Staatsregierung sollten den Mut haben, wie beim Verbrennungsmotor eine Deadline zu setzen und zu sagen: Ab dann wollen wir nur noch fertig ausgebildete, richtig gute Leute haben.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Meine sehr verehrten Damen und Herren, glauben Sie wirklich, dass die Bayerische Staatsregierung und der Kultusminister im Januar dieses Jahres oder im Oktober des letzten Jahres gewusst haben, dass Putin die Ukraine überfallen wird und dass wir hier 30.000 bis 40.000 Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine haben werden? – Wir müssen doch in einem Schulsystem auf neue Entwicklungen reagieren.

(Zurufe von den GRÜNEN und der FDP)

– Doch, es geht – ich habe es vorhin erwähnt – genau um 1.600 zusätzliche Lehrkräfte. Glauben Sie wirklich, dass das Kultusministerium vor drei oder vier Jahren gewusst hat, dass es eine Corona-Pandemie geben wird und dass 3.000 schwangere Lehrkräfte ein Betretungsverbot erhalten würden? Glauben Sie das?

Das heißt, wir müssen auf neue Entwicklungen reagieren. Deshalb haben wir Schulasistenten und Teamlehrkräfte eingeführt. Wo sind denn die anderen Bundesländer, die dies getan und neue Modelle entwickelt haben,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

die gesagt haben, wir arbeiten hier im Team, und die schwangere Lehrkraft zu Hause arbeitet per Videokonferenz? Wir haben in Bayern das Videotool "Visavid" entwickelt; darüber hat man sich lustig gemacht. Heute erhalte ich die Nachricht, die Kollegin aus Rheinland-Pfalz hat "MS Teams" an den Schulen verboten. Wir sind auf solche Situationen vorbereitet. Das Gleiche gilt für Baden-Württemberg. Darauf muss man reagieren. Hier muss nun auch die Kollegin reagieren. Politik heißt auch, auf unvorhergesehene Ereignisse zu reagieren und nachzusteuern. Dies tun wir in dieser Staatsregierung, und wir tun es gut, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kultusminister, die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Matthias Fischbach von der FDP.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich glaube, wir sprechen hier nicht allein über ein Ukraine-Problem. Die Problematik zeichnet sich schon deutlich länger ab. Ich gebe Ihnen einmal kurz einige grundlegende Zahlen: Im Jahr 2017 – also im letzten Jahr, als Sie noch nicht Kultusminister waren – gab es noch 1.460 Studienanfänger für das Mittelschullehramt, im Jahr 2020, wenige Jahre später, nur noch 705 Studienanfänger. Die Zahl hat sich also mehr als halbiert. Hierzu habe ich zwei Fragen:

Frage eins: Halten Sie – bei allem Verständnis für das Gesagte und Respekt für die Leistung vor Ort – das Mittelschullehramt aktuell für attraktiv?

Frage zwei: Stellen im Haushalt – darüber haben wir gesprochen – sind das eine, aber können Sie uns auch ansatzweise zusichern, dass mindestens die nötigen 1.620 Lehrerstellen zum Schuljahresbeginn mit vollwertigen Lehrkräften besetzt werden können?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehen Sie sich auch einmal die Zahl der Grundschullehrer an. Diese ist in diesem Zeitraum gestiegen, weil wir zum Beispiel den Numerus clausus abgeschafft haben. Sie wissen, es gibt kommunizierende Röhren. Viele junge Menschen haben Mittelschullehramt studiert, weil sie nicht über eine entsprechende Note für das Grundschullehramt verfügen. Es bestreitet doch niemand, auch nicht die Vorgängerregierung, dass wir aufgrund unserer Lehrerbedarfsanalyse schon wissen, wo wir Lehrer brauchen werden. Gerade bei der Mittelschule ist das ein Thema, das uns schon seit Jahren beschäftigt und das uns auch in Jahren noch beschäftigen wird.

Dennoch verändern sich die Dinge. In der letzten Legislatur – ich habe das nicht unmittelbar mitbekommen, aber natürlich durch entsprechende Erzählungen – standen hier bei den Abgeordneten die Referendare von Gymnasium und Realschule mit zwei Staatsexamen vor der Tür und haben gesagt: Wir finden keinen Platz; wir haben keine Stelle.

Die CSU-Kollegen, damals in Alleinregierung, haben wegen des Zugangs zum Referendariat ein Gesetz verabschiedet, weil man befürchtet hat, dass zu viele ins Referendariat wollen. Die Dinge verändern sich. Deshalb haben wir damals auch Zweitqualifikationsmaßnahmen entwickelt. Natürlich sind das auch Maßnahmen, die man ergreift, weil in einer Schulart zu wenige Lehrer da sind. Das ist unbestritten.

Nur: Es ist ein Gesamtpaket. Genauso ist es jetzt. Wir starten entsprechend mit 1.600 Stellen, aber selbstverständlich ist nicht sicher, dass wir diese 1.600 Stellen alle mit Lehrern mit Zweitem Staatsexamen werden besetzen können. Nein, aber wir haben dann die entsprechenden Gelder zur Verfügung, um eben Leute einzustellen – eben jene, von denen Herr Gehring oder Frau Schwamberger gesprochen haben. Genau das tun wir, wie wir es jetzt bei den Willkommenskräften getan haben. Aber wir tun das tagtäglich und kündigen es nicht nur an, und genau das ist die Arbeit im Ministerium.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, es gibt noch eine weitere Zwischenbemerkung. – Dazu hat sich der Kollege Arif Taşdelen von der SPD gemeldet. Herr Taşdelen, bitte.

Arif Taşdelen (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Michael, das Bild, das du von der Mittelschule gezeichnet hast, deckt sich nicht mit der Realität. Wir haben hervorragende Lehrerinnen und Lehrer in der Mittelschule. Wir haben vor allen Dingen auch hervorragende Schülerinnen und Schüler.

Ich bin als Gastarbeiterkind 1982 nach Deutschland gekommen und habe die Mittelschule, damals die Hauptschule, besucht und habe einen anständigen qualifizierenden Hauptschulabschluss gemacht. Ich sage dir eines: Niemand hat sich für uns Schülerinnen und Schüler in der Hauptschule interessiert, und niemand, kein Minister, hat sich für die Lehrerinnen und Lehrer an unserer Hauptschule interessiert.

Das Schlimme ist: Es hat sich auch nicht viel geändert. Wenn man das hier alles schönredet, wird die Situation vor Ort auch nicht besser. Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer an Mittelschulen haben das Gefühl, dass sie von der Politik, von der bayerischen Politik, nicht ernst genommen werden und dass ihre Probleme nicht gehört werden.

Ein Beispiel: – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Taşdelen, Ihre Redezeit!

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Vielen Dank für die Frage. Aber trotzdem: Ist es denn wirklich gerechtfertigt, das in dieser Pauschalität so zu sagen: Nie hat sich irgendein Minister für die Mittelschule interessiert?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe Kollegen, ist das wirklich eine Aussage, die uns und den Mittelschulen guttut? Ich muss mich nicht zum Fürsprecher der CSU-Kollegen vorher machen. Aber ich bin

sicher, dass sich meine Vorgänger sehr wohl um die Mittelschule gekümmert haben. Da brauche ich auch nur in die Akten und die Unterlagen einzusteigen, dann sehe ich das.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Korrekt!)

Für mich selber kann ich sprechen: Für mich sind Mittelschulen genauso wichtig wie jede andere Schulart, wie jede andere Schulart. Ich kümmere mich darum, ich beschäftige mich seit – –

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

– Natürlich auch Anreizsysteme, selbstverständlich! Ich beschäftige mich wirklich jede Woche intensiv mit der Mittelschule, auch mit der dortigen Situation. Ich glaube, da sind wir uns beide sehr einig, das war jetzt wortgleich, dass das eine tolle Schulart ist, die zu einem schönen Schulabschluss führt.

Nur, und Entschuldigung, wenn ich das jetzt doch noch ausführe: Natürlich ist es nicht ganz so leicht, Mittelschullehrer zu gewinnen; denn was lernt ein normaler Abiturient im Durchschnitt kennen? – Die Grundschule und das Gymnasium. Also müssen wir für das Mittelschullehramt werben, und das tun wir auch, das machen wir auch.

Unsere Fraktion, die FREIE-WÄHLER-Fraktion, hat sich besonders der Mittelschule angenommen, in mehreren Klausurtagungen: Macherschule – ganz bewusst – Berufsorientierung und vieles mehr. Also insofern mein Aufruf – und ich glaube, dass wir damit die Aufregung und den Unmut bei der Opposition vielleicht etwas besänftigen können –, meine Aufforderung und auch das Angebot: Lassen Sie uns doch gemeinsam für eine starke Mittelschule kämpfen! Die Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte dort haben es verdient, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 18/23382 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die AfD und die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda, Klingen und Bayerbach. Stimmenthaltungen bitte! – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/23383 mit 18/23387 und 18/23471 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.